

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

22. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 22. März 2018

(16.00 Uhr bis 00.09 Uhr)

6.4 Elektro-Offensive für den Frankfurter Westen	41
Anregung des OBR 6 vom 07.11.2017, OA 200	
Stadtverordneter Martin Daum, CDU:.....	41
Stadtverordneter Eugen Emmerling, SPD:	43
Stadtverordnete Ingeborg Leineweber, BFF:.....	44
Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:.....	46
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	48
Stadtrat Klaus Oesterling:	49
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE:	53
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	55
Stadtverordneter Horst Reschke, AfD:	56
Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:.....	57
Stadtverordnete Astrid Buchheim, LINKE:.....	58
7. Klimaschutzbericht	59
Bericht des Magistrats vom 05.02.2018, B 18	
Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:	59
Stadtverordneter Dr. Erhard Römer, FRANKFURTER:	61
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	63
Stadtverordneter Robert Lange, CDU:	64
Stadtrat Klaus Oesterling:	67
Stadtverordnete Pearl Hahn, LINKE:.....	67
Stadträtin Rosemarie Heilig:.....	68
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	70
8. 3. Ökumenischer Kirchentag in Frankfurt am Main 2021	72
Vortrag des Magistrats vom 26.01.2018, M 16	
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:	72
Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker:	74
Stadtverordnete Esther Gebhardt, SPD:	79
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF:	81
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:.....	82
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	83
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, FRANKFURTER:	85
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:	86
Schifführer Dr. Helmut Alt:	87
9.1 Mietverträge der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung vorlegen.....	88
Antrag der AfD vom 27.07.2017, NR 413	

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Erika Pfreundschuh:**

Vielen Dank, Herr Kliehm! Das Wort hat nun Herr Zieran von ÖkoLinX-ARL, ihm folgt Herr Reschke von der AfD. Herr Zieran, bitte!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Guten Abend!

Die ganze Debatte ist doch für nichts. Woüber wir reden ist, dass wir nicht darüber reden. Wir reden nicht über das Problem Gesundheit der Menschen, und wie wir die Giftstoffe in der Stadt beseitigen. Hier wird ein Weg aufgezeigt, der immanent eine Sackgasse ist, der aber auch völlig beiseite wischen will, dass das, was auf Bundes-, Land- und Stadtebene passiert, ein Verbrechen an der Menschheit und an der Natur ist. Verbrechen warum? Weil auf der Ebene der Konzerne die Profite Vorrang haben. Wer stützt, dass die Profite laufen? VW. Und wer unterstützt, dass die anderen Konzerne weiter einkassieren können, das ist Merkel, das ist CDU, das sind die GRÜNEN und die SPD in der Vergangenheit. Diese Politik wird gestützt.

Was ist in Frankfurt? 1981 gab es die erste Demonstration von Eltern und Kindern in Frankfurt, Schluss mit dem Smog, Schluss mit den Giftstoffen, die Lungen unserer Kinder gehen kaputt. Das haben wir damals als GRÜNE mit unterstützt. Wir sind seinerzeit mit Antismogmasken hier ins Parlament eingezogen. Das ist 38 Jahre her. 38 Jahre, dass es ein Bewusstsein in diesem Parlament gibt, das die Autopolitik der Stadt Frankfurt Menschen kaputt macht.

(Beifall)

Was ist geschehen? Nichts. Gar nichts. Es wird geredet. Du hast es ja gut ausgeführt. Es gibt Strategiepapiere, es gibt Pläne, es wird geredet. Es gibt viel Papier, aber es kommt nicht vorwärts.

(Zurufe)

Ja. Wenigstens sind Sie nicht rechts außen wie die FDP in Frankfurt.

(Beifall, Zurufe)

Ob die Postengeilheit nun wirklich bei den GRÜNEN ist, oder bei wem sonst, darüber reden wir nicht, denn wir haben eine andere Debatte.

In Frankfurt geht es nicht darum, die E-Mobilität mit mehr Tempo voranzutreiben, sondern wie bekommen wir die Giftstoffe weg. Die Giftstoffe wegbekommen heißt, wir benötigen in Frankfurt eine autofreie Innenstadt. Die Autos müssen heraus aus der Innenstadt. Wir haben über 300.000 Pendler. Über die Hälfte davon kommen mit dem Auto in die Stadt. Wenn wir dieses Problem nicht in den Griff bekommen, dann ist das doch eine Politik, die völlig an dem Ziel vorbeigeht, wenn es daran orientiert ist, die Gesundheit der Menschen herzustellen, den Tod und die Krankheit von Menschen zu minimieren. Wenn man das nicht will, gut, dann macht man solche Placebos wie heute. Dann macht man E-Mobilität, die von der Anlage her, nicht nur von den Steinkohlekraftwerken, sondern auch von der Technik her, eine nicht ungiftige Technik ist. Die normale E-Mobilität, die von den Konzernen angestrebt wird, ist sinnlos. Aus diesem Grund gibt es ja auch bei den großen Konzernen, die das Geld für Forschung haben, Daimler-Benz, ich wiederhole mich hier, die einzige Fortschrittstechnologie, die auch erlaubt, eine entsprechende Reichweite der Busse und anderer Fahrzeuge zu gewährleisten, das ist der Wasserstoffantrieb. Es gibt die Brennstoffzelle, aber es ist kein Druck seitens der Politik vorhanden, eine Serienreife herzustellen. Wenn es keine Serienreife gibt, kann man sie nicht einsetzen, dann kommt man nicht vorwärts.

Die nächste Debatte haben wir in eineinhalb Jahren und dann weitere eineinhalb Jahre später, und wir sind keinen Schritt weitergekommen. Es sei denn, Kommunen schließen sich zusammen und machen das, was die Post gemacht hat. Sie entwickeln ein serienreifes Modell. Die Post hat zumindest versucht, das schlechte Modell E-Autos für ihre Zulieferer zu entwickeln, und sie hat es geschafft, unabhängig von dem Markt, der diese Autos nicht hergab.

Wir benötigen also keine weiteren Papiere. Darüber kann man abstimmen und Ja, Nein oder Enthaltung dazu sagen, aber das Entscheidende ist die Praxis hier in der Stadt Frankfurt und die Frage: Ist die Stadt in der Zukunft für den Menschen da, oder wird sie weiter autogerecht ausgebaut? Wird der begrenzte Raum der Stadt, es gibt kein unbegrenztes Wachstum auf dieser Fläche, den Menschen, der Freizeit, der Kultur und der Kommunikation zur Verfügung gestellt und verbannen wir das Auto aus der Innenstadt? Das ist der Kernpunkt. Ich weiß, dass es an Ihre Wählerinteressen herangeht, und alle haben Angst, diesen Konflikt mit den Wählern einzugehen, am stärksten noch die SPD, wenn man sich die Politik auf Bundesebene ansieht. Solange sich daran nichts ändert, wird alles andere, was wir hier verabschieden und gerade auch die E-Mobilität, hinsichtlich dieses Ziels ein Placebo sein.

Trotzdem ist es schön, wenn wir ein oder zwei wasserstoffbetriebene Busse bekommen. Ich werde dann auch einmal damit probefahren.

Danke, Herr Dezernent, dafür, dass es nicht weitergeht.

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Erika Pfreundschuh:**

Danke, Herr Zieran! Das Wort hat Herr Reschke von der AfD, und als letzter Redner folgt ihm dann Herr Siefert von den GRÜNEN. Bitte, Herr Reschke!

Stadtverordneter Horst Reschke, AfD:

Frau Vorsteherin,
meine Damen und Herren!

Frau Leineweber von der BFF bringt mich in die Schwulität, dass ich einen großen Teil meiner Rede vergessen kann, weil sie punktgenau und fachlich sehr versiert eigentlich alles aufgezählt hat, was man zu dem Thema erschöpfend sagen kann. Ich reduziere meine Rede also auf einige wenige Aspekte.

Der erste Aspekt ist der, dass ich es mir nicht verkneifen kann, darauf hinzuweisen, die AfD-Fraktion hat das Thema E-Mobilität schon weit vor allen anderen hier im Hause ernst genommen und ist im Juli 2017 nach Hamburg gefahren, um sich den dortigen Versuch mit den E-Bussen einmal anzuschauen.

(Zurufe)

Wir haben uns übrigens auch das Schanzenviertel angesehen, das immer noch ziemlich wüst darniederlag, aber davon wollen wir heute nicht reden.

Wir hatten das Glück, dort einen sehr fachkundigen Ingenieur kennenzulernen, der uns das Thema nähergebracht hat. Zusammenfassend kann man Folgendes sagen: Es ist nicht nur so, dass die Busse in der Anschaffung schon doppelt so teuer sind, Sie müssen auch den gesamten peripheren Bereich mitbedenken, Stichwort Ladestationen, und im Probetrieb konnte man noch nicht sagen, wie die Batteriekapazitäten bei Winterbetrieb sind oder insbesondere auch bei Sommerbetrieb, wenn die Klimaanlage laufen. Auf meine Frage heruntergebrochen, was ein Kilometer E-Bus kostet, dazu gibt es noch keine Berechnungen. Wie teuer das gesamte System am Ende wirklich sein wird, steht noch gar nicht fest. Wir reden immer nur von den Anschaffungspreisen, aber was das alles auf die Dauer betrachtet kosten wird, steht nicht fest.

Das erklärt auch wahrscheinlich die Zurückhaltung des Verkehrsdezernenten, die er ja immer wieder zum Ausdruck bringt. Im Verkehrsausschuss versteckt er sich ein bisschen hinter der Bemerkung, das System sei noch nicht ausgereift, es gebe noch nicht genügend Anbieter, bei denen man sagen kann, dass sie in der Lage sind, uns entsprechende Busse zu liefern. Ich glaube, der Verkehrsdezernent, der Mathematik studiert hat und rechnen kann, ist sich auch darüber im Klaren.

(Zurufe, Heiterkeit)

Es geht also darum, dass man auch die versteckten Kosten im Auge behalten muss.

6.4 Elektro-Offensive für den Frankfurter Westen	41
Anregung des OBR 6 vom 07.11.2017, OA 200	
Stadtverordneter Martin Daum, CDU:.....	41
Stadtverordneter Eugen Emmerling, SPD:	43
Stadtverordnete Ingeborg Leineweber, BFF:.....	44
Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:.....	46
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	48
Stadtrat Klaus Oesterling:	49
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE:	53
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	55
Stadtverordneter Horst Reschke, AfD:	56
Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:.....	57
Stadtverordnete Astrid Buchheim, LINKE:.....	58
7. Klimaschutzbericht	59
Bericht des Magistrats vom 05.02.2018, B 18	
Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:	59
Stadtverordneter Dr. Erhard Römer, FRANKFURTER:	61
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	63
Stadtverordneter Robert Lange, CDU:	64
Stadtrat Klaus Oesterling:	67
Stadtverordnete Pearl Hahn, LINKE:.....	67
Stadträtin Rosemarie Heilig:.....	68
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	70
8. 3. Ökumenischer Kirchentag in Frankfurt am Main 2021	72
Vortrag des Magistrats vom 26.01.2018, M 16	
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:	72
Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker:	74
Stadtverordnete Esther Gebhardt, SPD:	79
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF:	81
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:.....	82
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	83
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, FRANKFURTER:	85
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:	86
Schriftführer Dr. Helmut Alt:	87
9.1 Mietverträge der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung vorlegen.....	88
Antrag der AfD vom 27.07.2017, NR 413	

Stadträtin Rosemarie Heilig:
(fortfahrend)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen endlich anfangen, integriert zu denken. Eine gesunde, klimafreundliche Ernährung und artgerechte Tierhaltung sind Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige Klimapolitik. Weniger Heizkosten durch Wärmerückgewinnung, Energiekosten senken durch Umstellung der Beleuchtung auf LED-Technologie, die lokalen Einzelhändler stärken und weniger im Internet bestellen - die Liste, meine Damen und Herren, ließe sich noch lange fortsetzen, ich verweise da noch einmal auf die Vorlage B 18, die heute hier vorliegt.

Ich habe gerade vor zwei Wochen erläutert, was das Abwärmepotenzial für den Klimaschutz in unserer Stadt bringen würde. Mit der Abwärme von Industrie und Rechenzentren könnten wir beispielsweise Neubaugebiete klimafreundlich mit Wärme versorgen und so Energie zweimal sparen. Wir könnten schon jetzt alle Haushalte in Offenbach mit der von uns ermittelten Abwärme in Frankfurt heizen.

(Zurufe)

So ist es. Und auch beim Thema Fotovoltaik ist es kein Geheimnis, dass das Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft ist. Leider müssen wir erkennen, dass durch die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes - EEG der vormals zügige Ausbau stagniert. Der Grund dafür sind nicht die fehlenden Dachflächen, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Grund hierfür liegt in schlecht gemachten Gesetzen, und zwar in schlecht gemachten Gesetzen der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat es geschafft, mit der Umsetzung einer Vereinbarung der neuen Koalition die klimapolitischen Ziele für 2020 aufzugeben. Das ist eine Bundesregierung, die die großen Energiefresser von Abgaben befreit und die bestraft, die auf das Energiesparen setzen, die krampfhaft und unwillentlich seit Jahren an einem Erneuerbare-Energien-Gesetz herumdoktert, anstatt eine CO₂-Abgabe einzuführen. Das ist eine Bundesregierung, die die dezentrale Energiewende blockiert und Bürgerenergie erschwert und stattdessen Energiepolitik im Fahrwasser der großen Energiekonzerne

macht. Meine Damen und Herren, das ist eine Bundesregierung, die seit Jahren auch für städtische und regionale Energieversorger, wie unsere Mainova, den Ausstieg aus der Kohle und den Umstieg auf erneuerbare Energien unwirtschaftlich macht. Es liegt nicht an den technischen Schwierigkeiten, ein Kohlekraftwerk auf Gas umzustellen, sondern am politischen Willen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Deutschland hat es geschafft, erfolgreich aus der Atomkraft auszusteigen. Jetzt müssen wir es auch schaffen, erfolgreich aus der Kohlekraft auszusteigen. Wer soll das tun, wenn nicht wir. Wir in Frankfurt werden zeigen, wie es geht.

Danke schön!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Frau Heilig! Es liegt eine weitere Wortmeldung von Herr Zieran vor. Bitte schön!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Wir wiederholen ja alles hier, also noch einmal das Ganze.

(Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Herr Zieran, da hängt extra ein Schild mit dem Hinweis, bitte nicht an den Mikrofonen zu zerran. Sie können gerne den Tisch nach oben oder nach unten fahren. Unser Techniker bekommt sonst die Krise.

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Können Sie es kürzer machen, ich wollte jetzt eigentlich reden. Ich habe es begriffen.

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die Zeit, in der ich rede, bekommen Sie gutgeschrieben. So fair sind wir.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-
ARL:
(fortfahrend)**

Okay. Also, das ist so typisch grüne Politik. So redet man und so handelt man. Erfolgreicher Atomausstieg, das kann doch wohl nicht wahr sein. Die Atomkraftwerke laufen in Deutschland weiter, gegen jede Erkenntnis und gegen den Willen der Atomkraftbewegung. Wir waren alle nicht damit einverstanden, die Dinger weiterlaufen zu lassen. Erfolgreicher Ausstieg, die Produktion von Brennstoffstäben und die Forschung für die Atomfusion laufen weiter. Es gibt keinen Umstieg zu regenerativen Energien in der Forschungspolitik. Auf Bundesebene haben Fischer und Schröder entschieden, dass die Atomfusion in Mecklenburg-Vorpommern weiterläuft. Also, erzählen Sie nicht so einen Blödsinn über die Politik, die auf der Bundesebene läuft. Es geht ja auf der Stadtebene weiter.

Toll, wir nutzen die Abwärme, ja klasse, und wir wollen einen Umstieg machen, einen Wandel. Was ist daran klasse? Da wird uns ganz stolz verkündet, dass wir in der Miquelallee das Fernwärmenetz ausbauen. Der Ausbau des Fernwärmenetzes setzt aber voraus, dass eine veraltete Technologie gefördert wird, nämlich Kraftwärmekopplung, die nur Sinn macht, wenn man weiter auf Steinkohle und auf Öl setzt, weil man dort die Energie nicht hundertprozentig umsetzen kann. Da habe ich dann die Abwärme.

(Beifall)

Wenn ich die aber nicht mehr will, wenn ich sage, ich will wirklich einen Wandel hin zu regenerativen Energien, darf ich nicht mehr die Fernwärmenetze ausbauen, das ist so ein Widersinn. Wenn ich das nämlich tue, was die Stadt Frankfurt in der Praxis umsetzt, dann haben wir in den nächsten 30 Jahren überhaupt nichts vorzuweisen, das in Richtung Klimaschutz läuft.

(Beifall, Zurufe)

Und das Ziel, 2050 eine Versorgung mit regenerativen Energien zu erreichen, kommt zu spät. Wir wissen, dass die Meere ansteigen werden und die Klimakatastrophe am Laufen ist. Also, es ist ein Hohn und die Verkündigung falscher Wahrheiten gemischt mit irgendwelchen Erfindungen über das, was geschehen ist, aber in Wirklichkeit nicht läuft. Dieser Tag der Verkündigung hier ist schlimmer als jede Kirche. Das muss man einmal ganz klar sagen.

(Beifall, Zurufe)

Der Irrationalismus ist hier so etwas von heftig. Ihr verdeckt einfach nur, dass ihr nicht handelt. Dass eine Umweltdezernentin das mitmacht, ist ein Hammer. Es ist eine Verarschung der Bürgerinitiativen. Grüengebiete werden kaputt gemacht wie auch die grüne Lunge, in der wir wirklich noch eine Produktion von Sauerstoff haben und die wirklich noch zur Durchlüftung in Frankfurt beiträgt. Das macht die grüne Dezernentin einfach so mit, denn viel wichtiger ist ja, oh wir müssen bezahlen, wenn wir neue Geräte anschaffen. Wenn man hier schon immer über Zahlen und diese Fließdiagramme und diesen ganzen Müll von Berechnungen redet, dann soll man das doch einmal gegenüberstellen, was ihr einerseits in der Stadt strukturell kaputt macht und andererseits mit den ganzen kleinen Programmen entgegengesetzt, bei denen hier ein Fitzelchen, da ein Fitzelchen und da ein Fitzelchen getan wird. Das macht vielleicht 0,00005 Prozent aus. Ihr zerstört aber 30, 40 oder 50 Prozent von dem, was wir noch an guter Lebensqualität hier in dieser Stadt haben. Das zerstört ihr für die Bürger Frankfurts, ihr zerstört die gute Lebensqualität, das ist die Politik hier.

(Beifall, Zurufe)

Ob es im Nordwesten ist, ob es im Nordend ist, da sind die GRÜNEN tätig, indem sie zerstören.

(Zurufe)

Das gilt auch für die Hochhauspolitik. Und dann das Dom-Römer-Areal als vorbildlich in Sachen Energiepolitik einzubringen, da muss man schon sehr frech sein. Vorbildlich wäre

gewesen, das Dom-Römer-Areal nicht zu bebauen. Das wäre vorbildlich gewesen im Sinne einer Stadtpolitik, die nicht ständig verdichtet und kommunikative Räume und kulturelle Räume zerstört. Das ist nämlich geschehen, nichts anderes.

(Zurufe)

Dann noch eines, das ist dann wirklich der Höhepunkt, der den gesamten Magistrat betrifft. Da verkauft uns die Umweltdezernentin die Umstellung der Beleuchtung als Erfolg. Ja, das ist nicht falsch. Wir haben auch schon LED-Sachen zu Hause.

(Beifall, Zurufe, Heiterkeit)

Wow, ganz klasse. Das bringt aber gar nichts. Das bringt vor allen Dingen nichts, wenn eine grüne Dezernentin das hier zum Programm einer Stadt erhebt, in der die Beleuchtung nur einen klitzekleinen Anteil am Energieverbrauch ausmacht.

(Zurufe)

Darüber hinaus haben wir einen Dezernenten von der SPD, der Oesterling heißt und verkündet hat, er müsse sparen. Er werde überhaupt nichts investieren, was die Umstellung der Beleuchtung auf LED betrifft. Wir haben im Nordend Straßen, die nicht mehr hell sind. Menschen mit Sehbehinderung können da nicht mehr gehen, ohne dass es gefährlich wird. Da macht dieser Magistrat gar nichts. Das heißt, hier wird geredet, wir tun das und in der Praxis wird nichts, rein gar nichts gemacht. Das ist im Kleinen wie im Großen so.

Danke zur Praxis der Umweltdezernentin, zur Praxis des Verkehrsdezernenten und zur Praxis des Planungsdezernenten, der eingeschlagenen Weg geht in die falsche Richtung, nämlich gegen den Klimaschutz.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Danke, Herr Zieran! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die

Aussprache. Ich lasse nunmehr über die mit dem Ausschussbericht vorgelegte Empfehlung zu dem Tagesordnungspunkt 7. abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt ist.

Wer dem Ausschussbericht zustimmt, sodass für jeden die Stimmabgabe der jeweiligen Fraktion im Ausschuss und für die fraktionslosen Stadtverordneten deren schriftlich vorliegendes Votum gilt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht) Da blieb kein Arm unten. Damit stelle ich fest, dass der Ausschussbericht einstimmig angenommen wurde, somit ist die Vorlage B 18 zur Kenntnis genommen. Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 8.

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8., Kirchentag, auf. Zu diesem Thema behandeln wir die Vorlage M 16 des Magistrats. Die AfD-Fraktion hat den Antrag zur Tagesordnung I gestellt und damit auch das Recht auf die erste Wortmeldung, die von Herrn Dr. Rahn kommt. Sie haben das Wort. Bitte schön!

Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:

Herr Vorsteher,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir behandeln heute die Vorlage M 16, ein Musterbeispiel für Intransparenz und Steuerverschwendung. Es geht um den Ökumenischen Kirchentag im Jahr 2021 in Frankfurt. Der Name deutet ja eigentlich an, dass es sich um eine kirchliche Veranstaltung handelt, ist es aber nicht, sondern es ist eine Veranstaltung zweier Vereine, und zwar des Zentralen Komitees der deutschen Katholiken, ZdK, und des Deutschen Evangelischen Kirchentages, DEKT, also kein echter Kirchentag, sondern ein Sommerfest religiöser Vereine, und dafür soll die Stadt fünf Millionen Euro bezahlen. Der Vortrag des Magistrats, M 16, ist aus verschiedenen Gründen abzulehnen. Erstens, die Stadt ist nicht zuständig. Zweitens, der oder die Veranstalter haben

9.2	Grundstücksgeschäfte und Mietverträge der Stadt: Transparenz und Effizienz	88
	Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 17.01.2018, NR 523	
	Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE:.....	88
	Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:	90
	Stadtverordneter Holger Tschierschke, SPD:	92
	Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:	93
	Stadtrat Jan Schneider:.....	93
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:	96
	Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE:	96
	Stadtrat Jan Schneider:.....	97
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	98
10.1	Arbeitsfähigkeit der Beratungsstelle pro familia erhalten	99
	Antrag der FDP gemäß § 17 (3) GOS vom 06.03.2018, NR 527	
10.2	Arbeitsfähigkeit der Beratungsstelle pro familia erhalten	99
	Antrag der FDP gemäß § 17 (3) GOS vom 06.03.2018, NR 529	
	Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	99
	Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE:.....	101
	Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	102
	Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	104
	Stadtverordnete Sybill Cornelia Meister, CDU:	106
	Stadträtin Rosemarie Heilig:.....	107
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	108
	Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE:.....	109
	Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	110
	Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker:.....	111
11.	"Wahlwerbung im öffentlichen Raum".	112
	Antrag der FRAKTION vom 20.11.2017, NR 456	
	Stadtverordneter Herbert Förster, FRAKTION:.....	112
	Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:.....	113
	Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD:	114
12.	Worten müssen Taten folgen - Frankfurt als weitere Nulltarif-Testkommune ins Spiel bringen.....	115
	Antrag der LINKE. vom 15.02.2018, NR 518	

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Stadtrat! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran von ÖkoLinX-ARL. Herr Zieran, Sie haben noch acht Minuten und 30 Sekunden Restredezeit. Bitte schön!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Die Zeit brauche ich nicht.

Zunächst einmal zum Stadtverordnetenvorsteher: Sie haben nicht das Recht, hier das Benehmen von Stadtverordneten zu beurteilen. Wenn ein Stadtverordneter herausgehen will, dann kann er jederzeit herausgehen. Umgekehrt ist der Magistrat nämlich häufig nicht da, wenn wir hier Reden halten. Das wird nicht gerügt. Das nur so nebenbei.

(Beifall, Zurufe)

Ich finde das unmöglich, auch den Umgangston mit ihm. Das geht so nicht.

Der zweite Punkt: Ich will nicht über Details reden. Im Detail ist es mit Sicherheit richtig, dass es bei einzelnen Grundstücken Rechtsansprüche gibt. Aber das ist doch ein ganz klarer Zug, hier geht es um eine Entmachtung parlamentarischer Möglichkeiten zugunsten einer scheinbaren Beschleunigung der Verwaltungsabläufe.

(Beifall)

Das ist eine Einschränkung von demokratischen Möglichkeiten. Das schafft Ihnen eine leichtere Arbeit, aber uns wird nicht mehr alles vorgelegt. Um es noch einmal zu sagen: Solange wir kapitalistische Verwertung haben, ist jedes einzelne Grundstück, jeder Quadratmeter in dieser Stadt wichtig, der die Aufwertung vorantreibt. Ich sehe einen riesigen Unterschied, ich beobachte Berlin und ich beobachte Frankfurt. In einer Großstadt wie Berlin ist es möglich, Grundstücke, die vorher einmal für 2,4 Millionen Euro verkauft wurden in einer falschen Politikphase, jetzt für 19 Millionen Euro zu kaufen, um dort eben

eine Kulturstätte zu sichern. In Frankfurt wäre das undenkbar. In Frankfurt ist der Magistrat nicht in der Lage zu sagen, wenn das Land spekuliert, dann kaufen wir eben das alte Präsidium und da holen wir die Millionen her. Entweder finanzieren wir es selbst oder wir finden einen Investor. Berlin schafft das. Berlin hat einen privaten Investor in Kreuzberg gefunden, der hat ein Haus gekauft und den Mietern Sozialmieten gesichert.

(Zurufe)

Diese Wahrheit, über die reden Sie nicht. Und jetzt noch einmal zum Erbbaurecht, Genese des Erbbaurechts. Das sieht hier ein bisschen anders aus. Das Erbbaurecht war ursprünglich gegen diese Verscherbelung von öffentlichem Eigentum gerichtet und wir hatten nicht immer diese 99 Jahre, die jetzt zunehmend angeboten werden sollen, das ist ja fast wie Eigentum, sondern es gab kürzere Fristen. Praktisch war das Erbbaurecht ein Teil, was wir heute Kommunalisierung nennen oder was wir sagen, Grund und Boden wieder zurück in die städtische Hand. In dieser Tradition, in dieser linken sozialdemokratischen Tradition stand das einmal, und nicht so technokratisch, wie Sie das gerade begründet haben und wie Sie hier den Stadtverordneten mit vielleicht einigen falschen Zahlen abfertigen.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Zieran! Die Wortmeldung von Herrn Zieran war die letzte Wortmeldung, die mir hier vorliegt. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit schließe ich die Aussprache. Ich gebe Ihnen zur Kenntnis, dass die AfD ihr Votum zu den Ihnen vorliegenden schriftlichen Ausschussberichten bei Punkt 9.1 in Zustimmung und bei Punkt 9.2 in Prüfung und Berichterstattung geändert hat. Damit lasse ich nunmehr über die mit den Ausschussberichten vorlegten Empfehlungen zu den Tagesordnungspunkten 9.1 und 9.2, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt sind, mit den soeben genannten Änderungen abstimmen. Wer den Aus-

9.2	Grundstücksgeschäfte und Mietverträge der Stadt: Transparenz und Effizienz	88
	Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 17.01.2018, NR 523	
	Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE:.....	88
	Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:	90
	Stadtverordneter Holger Tschierschke, SPD:	92
	Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:	93
	Stadtrat Jan Schneider:.....	93
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:	96
	Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE:	96
	Stadtrat Jan Schneider:.....	97
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	98
10.1	Arbeitsfähigkeit der Beratungsstelle pro familia erhalten	99
	Antrag der FDP gemäß § 17 (3) GOS vom 06.03.2018, NR 527	
10.2	Arbeitsfähigkeit der Beratungsstelle pro familia erhalten	99
	Antrag der FDP gemäß § 17 (3) GOS vom 06.03.2018, NR 529	
	Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	99
	Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE:.....	101
	Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	102
	Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	104
	Stadtverordnete Sybill Cornelia Meister, CDU:	106
	Stadträtin Rosemarie Heilig:.....	107
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	108
	Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE:.....	109
	Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	110
	Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker:.....	111
11.	"Wahlwerbung im öffentlichen Raum".	112
	Antrag der FRAKTION vom 20.11.2017, NR 456	
	Stadtverordneter Herbert Förster, FRAKTION:.....	112
	Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:.....	113
	Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD:	114
12.	Worten müssen Taten folgen - Frankfurt als weitere Nulltarif-Testkommune ins Spiel bringen.....	115
	Antrag der LINKE. vom 15.02.2018, NR 518	

Wenn Sie in der Beratungsstelle sind, dann hören Sie sehr wohl auch die Gesänge. Das ist nur ein Teil, aber es ist von Frau Busch, von Frau auf der Heide, von Herrn Dr. Schulz und anderen dargestellt worden, was da passiert. Uns geht es nicht darum, Demonstrationen, Gegendemonstrationen oder die Mahnwache zu verbieten. Davon kann überhaupt nicht die Rede sein. Wenn sie zum Beispiel an der Bockenheimer Warte demonstrieren, an der Konstablerwache oder an der Hauptwache, dagegen haben wir nichts. Sie können sich auch an die Zeppelinallee stellen. Aber in Sichtweite? Stellen Sie sich vor, Sie müssten zu dieser Beratungsstelle gehen und fällen eine für Sie persönlich ganz schwere Entscheidung, und dann steht da eine Gruppe von Leuten, die große Bäuche vor sich haben, auf denen ein Fötus abgebildet ist. Finden Sie das in Ordnung? Ist das nicht eine Zumutung und auch eine Anmaßung, eine solche Demonstration zu veranstalten bei einer Frau, die in einer sehr schwierigen Lebenssituation zu dieser Beratungsstelle muss und will und dies freiwillig tut?

(Beifall)

Ich habe es bereits in meinem Beitrag gesagt, es geht überhaupt nicht darum, gegen das Demonstrationsrecht, das wir uns bitter erkämpft haben, zu sein. Im Gegenteil. Aber es muss möglich sein, dass man unbehelligt in diese Beratungsstelle gelangt.

Ich weiß nicht, ob Sie dort waren, Frau Meister. Schauen Sie es sich einfach einmal an. Es hat mich wirklich zutiefst entsetzt, was dort passiert. Schauen Sie es sich an. Es ist wirklich widerlich, wie die mit diesen Plakaten dort stehen.

(Beifall)

Darum geht es uns. Demonstrieren ja, aber bitte außer Sichtweite für die Frauen, die in der Palmengartenstraße zu pro familia wollen. Es muss möglich sein. Das Demonstrationsrecht ist ein wichtiges Gut, und das wollen wir auch, aber bitte nicht in Sichtweite. Die Frauen müssen unbehelligt in die Beratungsstelle gelangen können, und das muss unbedingt gewährleistet werden. Wir werden nicht aufhören mit dem Samstag, uns für unsere Rechte einzusetzen. Wir werden schauen,

wie es weiterläuft, denn es wird ja weitere Demonstrationen geben, vielleicht nächstes Jahr wieder zur Fastenzeit. Dann werden wir wieder dort sein. Wir werden uns solange dagegen wehren, bis wir es geschafft haben, dass diese Demonstration vor der Beratungsstelle aufhört.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Frau Heilig! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran. Herr Zieran, Sie haben noch fünf Minuten und 40 Sekunden Restredezeit. Bitte!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Ja, so schnell ändern sich die Auseinandersetzungsebenen bei verschiedenen Themen. Ich fand es eine ausgezeichnete Rede. Noch in den Siebzigerjahren hatte die Frau nicht die vollen Rechte zu entscheiden, sondern der Mann entschied für die Frau. Das ist einigen hier in diesem Saal aber anscheinend nicht bewusst, die auf der rechten Ecke sitzen, wobei ich in diesem Fall einige von der FDP ausnehmen möchte.

Was dort stattfindet - damit möchte ich anfangen -, ist eine Zwangsberatung, es ist keine freiwillige Beratung. Aber das ist absolut egal. Wenn man es ernst nimmt, was Sie sagen, wenn es ethische Konflikte wären, wenn es wirklich darum ginge, dann dürfte man Frauen, die so eine Beratung wahrnehmen wollen, nicht psychischer Gewalt aussetzen. Nichts anderes ist das.

(Beifall)

Diese Aktionsform kommt aus den USA und ist dort bis zur Militanz gesteigert worden, bis zur Tötung von Frauen. Sie ist in Bayern sehr massiv gegen Frauen und auch Frauenärzte eingesetzt worden, Ärzte, die überhaupt noch Abtreibungen vorgenommen haben. So massiv war die Bedrohung, dass viele Ärzte gesagt haben, das halte ich nicht durch, ich mache keine Abtreibungen mehr. Das heißt, wie haben Regionen in der Bundesrepublik

Deutschland, in denen es für eine Frau so schwierig ist wie in den Siebzigerjahren, eine Abtreibung vorzunehmen. Damals haben wir Busse organisiert, weil die Frauen in die Niederlande fahren mussten, denn es war in Deutschland nicht möglich, eine Abtreibung vorzunehmen. Das war auch einer der Gründe, warum es dann die Stern-Kampagne gab für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen. Dies vorweg.

Nun noch einmal zu dem Kerngehalt. Wie hier von einigen diskutiert wird, ist patriarchale Logik. Das heißt, Männer bestimmen über den Körper von anderen Menschen, die einen anderen Gender haben, und nehmen sich das Recht, das Selbstbestimmungsrecht und das Persönlichkeitsrecht dieser Frauen einzuschränken. Das ist unglaublich. Ich behaupte, Rechtsstaatlichkeit ist auch immer ein gesellschaftlicher Kompromiss der Kräfteverhältnisse. Das interessiert mich in diesem Fall nicht. Mich interessiert das Grundgesetz, mich interessieren die Grundpräambeln. Die Würde des Menschen ist unantastbar, und die Würde der Frau ist auch unantastbar. Ein Zellklumpen, und nicht etwa ungeborenes Leben, der in einer Frau ruht, hat nicht das gleiche Recht wie diese Frau. Die Frau, die diesen Zellklumpen in sich trägt, hat das Recht, darüber zu entscheiden, ob er abgetrieben wird oder nicht, und nicht eine Gesellschaft, die meint, patriarchales Recht aus Gesellschaftsformationen in heutige moderne Auseinandersetzungen zu transformieren. Für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, für die Abschaffung des § 219, aber auch der Zwangsberatung nach § 218. Dafür sind wir immer eingetreten, dafür werden wir weiter eintreten, daran führt kein Weg vorbei, und das muss irgendwann durchgesetzt werden, denn das entspricht den Grund- und Menschenrechten. Die sind für mich entscheidend und nicht irgendwelche Urteile des Verfassungsgerichts, die natürlich versuchen, irgendwie einen Kompromiss hinzubekommen, um die Gesellschaft nicht in Schwierigkeiten zu bringen.

Jutta Ditfurth kann das leider nicht selbst sagen, aber ich möchte es noch einmal zuspitzen. Sie hat eine unnachahmliche Art, und für sie war die Stern-Kampagne zu § 218 ein wesentlicher Punkt. Sie drückt es noch etwas härter aus, diese patriarchale Logik, die dahintersteckt. Sie hat auf Twitter einen Post

gemacht, der folgendermaßen lautet - es geht um den Massenmord der Männer, der hier nicht thematisiert wird: „Beerdigt sein Sperma. Dieses ungeborene Leben, wenn er onaniert hat. So richtig mit Trauerreden und Geläut.“

Also, wenn man hier über Mord bei Frauen redet, und wenn man darüber redet, dass es überhaupt einen Gewissenskonflikt gibt, dann müsste man das, wenn man es rein naturwissenschaftlich sieht, auch auf Männer übertragen. Leute, es ist so unsinnig. Die Frauen entscheiden über ihren Körper, und die Männer entscheiden über ihren Körper. Man sollte sich jeweils da heraushalten. Weg mit dem § 218.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau auf der Heide von der GRÜNEN-Fraktion. Sie haben noch fünf Minuten und 30 Sekunden Restredezeit. Bitte!

**Stadtverordnete Ursula auf der Heide,
GRÜNE:**

Herr Vorsteher,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Ausführungen von Herrn Mund finde ich sehr erhellend, weil sie an zwei Punkten vielleicht dem Letzten hier im Saal deutlich machen, welches Gedankengut diese Mahnwachen haben. Das Erste ist der völlig unzulässige Schluss, dass Menschen, die gegen diese Mahnwachen vorgehen und einstehen, nicht für ungeborenes Leben und den Schutz des Lebens einstehen. Das ist eine unverschämte Unterstellung, die jedes Mal auch von diesen Menschen, die dort stehen, vorgenommen wird.

(Beifall)

Das Zweite ist der - ich muss es so nennen - Wahn, dass man eine Frau, die ungewollt schwanger ist und zu einer Beratungsstelle